

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Eidg. Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF
Bundeshaus Ost
3003 Bern

5. Juli 2021

**Vernehmlassung zur Einführung einer Regulierungsbremse (Änderung von Art. 159
Abs. 3 der Bundesverfassung und Änderung des Parlamentsgesetzes)**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF hat uns mit Schreiben vom 28. April 2021 den Vorschlag zur Einführung einer Regulierungsbremse zugestellt. Dazu nehmen wir wie folgt Stellung:

Wir haben Ihren Vorschlag geprüft und sind damit einverstanden. Wir teilen die Ansicht, dass die Unternehmen administrativ nicht stärker belastet werden sollen. Die zusätzliche institutionelle Hürde führt zu einer stärkeren Beachtung der administrativen Kosten der Unternehmen, was idealerweise in tieferen Kosten von Regulierungsfolgen resultieren wird.

Mit der vorgeschlagenen Regulierungsbremse erhält insbesondere die administrative Belastung der KMU, die für die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand der Schweiz von zentraler Bedeutung sind, eine stärkere Beachtung.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, bedanken wir uns bestens.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig. Susanne Schaffner
Frau Landammann

sig. Andreas Eng
Staatsschreiber